

Antrag

Der Gemeinderat beschließt, den bisherigen Familienpass durch einen Sozialpass (Kornwestheim-Card, Korn-Card, Kornkarte) zu ersetzen, der mit einem größeren Angebot für einen erweiterten Personenkreis eingeführt wird.

Die Kornwestheim-Card gilt für folgenden Personenkreis:
Menschen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Leistungen nach dem Wohngeldgesetz, Hilfe zum Lebensunterhalt oder zur Pflege haben.
Außerdem sollen wie bisher Familien und Alleinstehende mit Kindern bis zu 18 Jahren davon profitieren, was weiterhin an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden ist. Als Neuerung wird die Staffelung nicht mehr beim 6. Familienmitglied enden. Ab dem 7. Familienmitglied wird jedes weitere Kind mit einer Ausweitung der Einkommensgrenze um 400,-€ unterstützt.

Die hierfür notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Die letzte Änderung des Familienpasses erfolgte im Jahr 2004 und ging von anderen Voraussetzungen einer sozialen Unterstützung Bedürftiger aus, als wir sie im Jahr 2011 antreffen. Der derzeitige Familienpass bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, da nicht nur Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern, sondern auch immer mehr arbeitende Erwachsene und Jugendliche (Aufstocker), Rentnerinnen und Rentner, ALG II (Hartz IV)- und Wohngeldempfänger eine öffentliche Unterstützung brauchen, um am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.

Für DIE LINKE

Friedhelm Hoffmann

Antrag

Der Gemeinderat beschließt, eine Beratungsstelle für Arbeitslose und ALG II-Empfänger einzurichten.

Hierzu werden die entsprechenden Räumlichkeiten und ein jährlicher Etat von 1000,-€ in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Arbeitslosigkeit bleibt eine der großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft. Die Betroffenen brauchen eine von den Verwaltungen unabhängige Anlaufstelle für Informationen und Unterstützung, in der ihnen bei der Bewältigung von Hürden geholfen wird, z.B. bei

- Anträgen auf Leistungen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung
- der Prüfung von Bescheiden der ARGE und ggf. beim Verfassen von Widersprüchen
- allen Vorgängen in Fragen von ALG I und II
- der Kontaktaufnahme in Ämtern, Behörden und anderen Beratungsstellen
- der Erstellung von Bewerbungsunterlagen
- der Recherche und Nutzung der Stellenangebote in Zeitungen und im Internet

Erfolgreiche Beispiele solcher Initiativen, die auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt werden, bestehen bereits in Bietigheim mit der Ökumenischen Arbeitslosenberatung und in Ludwigsburg mit dem Arbeitslosenzentrum e.V.

Für DIE LINKE



Friedhelm Hoffmann

Antrag

Die Verwaltung veröffentlicht bis zum 31.03.2012 einen Armutsbericht. Die hierfür notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Fast jedes achte Kind unter sieben Jahren ist in Baden-Württemberg von akuter Armut bedroht. Diese Kinder werden ihrer Lebenschancen beraubt..

Kinderarmut hat viele Gesichter: Mädchen und Jungen, die morgens hungrig in den Kindergarten oder in die Schule kommen und selten ein warmes Mittagessen erhalten. Schüler, die an Ausflügen, Klassenfahrten oder anderen Aktivitäten mit Gleichaltrigen nicht teilnehmen können. Kinder, die ihre Freunde nie nach Hause einladen dürfen und ihre Freizeit vor allem vor dem Fernseher verbringen. Jugendliche, die davon überzeugt sind, dass sich in ihrem Leben kaum etwas bessern wird. Zwölf Prozent der Kinder unter sieben Jahren in Baden-Württemberg leben in Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Akut armutsgefährdet sind Kinder aus Haushalten, die den Hartz-IV-Regelsatz (Alg II) beziehen.

Häufig betroffen von Armut sind Alleinerziehende, Kinderreiche und Migrantenfamilien. Besonders schlimm ist, dass die Kinder schon im frühen Alter ihren Familien keine Chance mehr geben. Grund dafür ist allerdings nicht nur das niedrige Einkommen, sondern oft zusätzliche Probleme wie Überschuldung, Suchterkrankungen, Langzeitarbeitslosigkeit. Ohne zusätzliche Hilfen wird sich die Armut für viele Kinder und ihre Familien verfestigen. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, fordert DIE LINKE einen regelmäßigen Armutsbericht als unverzichtbare Grundlage für die Weiterentwicklung notwendiger und bedarfsgenauer Hilfen und Unterstützungsangebote.

Kornwestheim macht in dieser Frage vermutlich keine Ausnahme, zumal die Arbeitslosenzahlen hier seit Jahren über dem Durchschnitt des Landkreises liegen. Eine solche Untersuchung könnte eine wertvolle Unterstützung für erfolgreiche Maßnahmen im Bereich der kommunalen, kirchlichen und sozialverbandlichen Gegensteuerung sein.

Für DIE LINKE



Friedhelm Hoffmann

Antrag

Der Gemeinderat beschließt, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten.

Begründung:

In Kornwestheim gibt es bis auf einige Straßennamen keine Möglichkeit, an einem definierten Ort der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus kommt in der deutschen Erinnerungskultur eine unvergleichlich hohe Bedeutung zu. Dazu hat sich die Bundesregierung mit dem Gedenkstättenkonzept von 2008 klar bekannt. Die besondere Aussagekraft der authentischen Orte ist für die Aufarbeitung der NS-Diktatur unverzichtbar. Bisher hat sich diese Aufarbeitung im Wesentlichen auf die Konzentrationslager beschränkt. Zunehmend stellen sich aber auch intensivere Fragen nach den Tätern, die vom direkten Umfeld dieser Menschen vernichtenden Maschinerie ohne Not profitierten.

Neben anderen deutschen Großfirmen hat auch nachweislich die Fa. Salamander bei der Forschung nach effektiver und kostengünstiger Herstellung von Schuhen auf die „Dienste“ der Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen zurückgegriffen.

Die sogenannte Schuhprüfstrecke, auf der Hunderte Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen Schuhe „testen“ mussten, diente der Forcierung dieser Forschungen. Die meisten dieser Häftlinge haben das Lager nicht lebend verlassen.

Damit hat sich die Firmenleitung zum Komplizen der Nationalsozialisten gemacht, jener Teil der Gesellschaft, der als Biedermann und Brandstifter zugleich, freiwillig kooperierte. Im Angesicht der Konzentrationslager erwiesen sich die Firmeninhaber, deren Ingenieure und Techniker als ethisch blind. Ihr Streben nach Produktivität und Gewinnmöglichkeiten schaltete alle Regungen der Humanität aus.

Deshalb hält es DIE LINKE für angemessen, den Opfern dieser Einstellung wenigstens einen angemessenen Ort der Erinnerung auch in Kornwestheim (z.B. auf dem Salamander-Areal) zu gewähren.

Für DIE LINKE



Friedhelm Hoffmann